



Mitglieder der Projektgruppe

Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz

Termine

22. Oktober 2012 Sitzung
(15 bis 18 Uhr)

ggf. folgt ein weiterer Termin im Dezember
(Freitag, 7. Dezember 2012)

Berlin, 16. Oktober 2012

Ergebnisprotokoll der 14. Sitzung der Projektgruppe Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz am 15. Oktober 2012

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Das Protokoll der Sitzung vom 24. September 2012 wird einstimmig genehmigt.

Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

TOP 1 Diskussion des Textes zum Themenfeld „Kriminalität im Internet“

Den Mitgliedern liegen die Seiten 66 bis 68 des Textes zum Themenfeld „Kriminalität im Internet“ in der Fassung vom 20. September 2012 vor. Es handelt sich bei den genannten Seiten um einen Textbeitrag zweier Fraktionen zu den Themen „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ und „Einsatz von Ermittlungs-Software (so genannter „Staatstrojaner“)“. Bisher liegen keine schriftlichen Überarbeitungswünsche vor.

Nach kurzer Diskussion verständigen sich die Mitglieder darauf, die Beratung der Themen „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ und „Einsatz von Ermittlungs-Software (so genannter „Staatstrojaner“)“ bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Eine weitere Fraktion wird bis dahin schriftliche Überarbeitungswünsche vorlegen, auf deren Basis die Diskussion fortgeführt werden soll.

TOP 2 Diskussion des Textes „IPv6“

Den Mitgliedern liegt ein neuer Textbeitrag zum Thema „IPv6“ vor, der die Erkenntnisse aus dem Expertengespräch beinhaltet.

Es wird vorgeschlagen, das vorliegende Dokument seitenweise zu beraten.

Im Folgenden werden nur die Zeilen aufgeführt, zu denen es Beratungsbedarf gab. Allen anderen Zeilen haben die Mitglieder unverändert zugestimmt.



Zeile 116 bis 126: Die Mitglieder diskutieren, ob das Kapitel 1.2.1 Chancen im Text enthalten bleiben soll. Ein Mitglied plädiert für Streichung des Absatzes. Ein Mitglied widerspricht. Ein Mitglied fasst zusammen, dass die mit IPv6 verbundenen Chancen wie erfolgt kurz dargestellt werden sollten. Er spricht sich für Beibehaltung des Kapitels aus. Er stellt jedoch offen, über einen Alternativtext zu beraten, sofern dieser bis zur nächsten Sitzung vorgelegt werde.

Zeilen 142 bis 143: Ein Mitglied plädiert dafür, die Ausführung hinsichtlich der mit der Migration auf IPv6 verbundenen Kosten zu streichen. Nach kurzer Diskussion stimmen die Mitglieder zu.

Zeilen 252 bis 254: Ein Mitglied spricht sich für die Streichung der genannten Zeilen aus, da es sich um eine Handlungsempfehlung handle. Die Mitglieder stimmen zu.

Zeilen 215 bis 240: Ein Mitglied regt die Streichung der genannten Zeilen an, da die Vorgehensweise der Deutschen Telekom hervorgehoben werde. Ein Mitglied entgegnet, dass das Beispiel sehr anschaulich sei. Er plädiert daher für Beibehaltung des Abschnitts. Ein Mitglied pflichtet hingegen dem ersten Mitglied bei. Ein Mitglied schlägt vor, auf die Nennung der Deutschen Telekom zu verzichten. Ein Mitglied fasst zusammen, dass der Absatz enthalten bleiben solle, jedoch dahingehend verändert werde, dass die Deutsche Telekom nicht direkt erwähnt werde. Die Mitglieder stimmen einstimmig zu.

Zeilen 272 bis 274: Ein Mitglied weist darauf hin, dass es sich bei den genannten Zeilen um eine Handlungsempfehlung handle. Die Mitglieder sprechen sich für die Beibehaltung der Zeilen aus. Es soll eine Umformulierung erfolgen („Im Expertengespräch wurde vorgeschlagen...“).

Zeilen 280 bis 285: Ein Mitglied bezweifelt, dass die zitierten Ausführungen auf den Bundesbeauftragten für Datenschutz in der Informationsfreiheit, Peter Schaar, zurückzuführen seien. Das Sekretariat führt als Beleg den Tagungsband des Symposiums „Internetprotokoll Version 6 (IPv6) – Wo bleibt der Datenschutz?“ des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit am 22. November 2011 an. Die Mitglieder stimmen dem Beleg zu und entscheiden, dass die Zeilen 280 bis 285 durch ein direktes Zitat aus dem genannten Tagungsband (dort Seite 12) ersetzt werden.



TOP 3 Erste Beratung der Handlungsempfehlungen zu den Bereichen „Zugang“ und „Kritische Infrastrukturen“

Die Fraktionsreferenten haben dankenswerterweise eine erste Beratung der Handlungsempfehlungen vorgenommen und mögliche gemeinsame Empfehlungen identifiziert.

Den Mitgliedern liegen drei Dokumente mit Handlungsempfehlungen vor:

- eine zweiseitige Zusammenfassung der gemeinsamen Handlungsempfehlungen zum Thema „Breitband“ aller Fraktionen mit Ausnahme einer Fraktion. Diese trägt nur den Einleitungstext von Zeile 9 bis 40 mit. Das Dokument wird als Dokument A gekennzeichnet.
- ein 23-seitiges Dokument aller vorliegenden Handlungsempfehlungen zu den Themen „Breitband“ und „Kritische Infrastrukturen“. Das Dokument wird als Dokument B gekennzeichnet.
- ein zweiseitiges Dokument mit den Handlungsempfehlungen zweier Fraktionen zum Thema „Breitband“. Dieses Dokument ersetzt die Ausführungen der beiden Fraktionen zum Thema „Breitband“ im 23-seitigen Dokument. Das Dokument wird als Dokument C gekennzeichnet.

Beratung des Dokuments A:

Zeile 49 bis 52: Ein Mitglied trägt vor, dass die Ausführung zur Verteilung der Investitionskosten korrigiert werden müsse. Korrekt sei hier die Erwähnung einer Verteilung der Investitionsrisiken. Nach kurzer Diskussion wird zusammengefasst, dass sowohl die Investitionskosten als auch -risiken Erwähnung finden sollen.

Zeile 18 bis 21: Ein Mitglied kritisiert, dass die Ausführungen zum aktuellen Stand der Breitbandversorgung zu negativ seien. Zwar sei die Notwendigkeit, Breitband weiter auszubauen unbestritten, aber im Text werde der aktuelle Stand schlechter dargestellt, als er sei. Ein Mitglied betont, dass im Dokument auch die Themen Inanspruchnahme zur Verfügung stehender schnellerer Anschlüsse durch den Kunden (Take-up-rate) sowie Digitale Dividende I und II zu erwähnen seien. Die Mitglieder diskutieren, ob die Darstellung entsprechend anzupassen sei. Ein Mitglied spricht sich für die Streichung der beiden strittigen Sätze aus. Es weist darauf hin, dass die Handlungsempfehlungen hinsichtlich der Umsetzung von Open Access nicht an den Deutschen Bundestag gerichtet werden könnten. Es sei nicht die Aufgabe des



Deutschen Bundestages Open Access „praktisch“ umzusetzen. Ein Mitglied regt an, auf die Darstellung der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts vorhandenen Daten hinsichtlich des Breitbandausbaus zurückzugreifen und auf eine Bewertung zu verzichten. Ein Mitglied stellt fest, dass keiner der Anwesenden einen konkreten Überblick über den aktuellen Stand des Breitbandausbaus habe und der vorhandene Breitbandatlas nicht hilfreich sei. Es regt daher an, eine Handlungsempfehlung aufzunehmen, in welcher dem Deutschen Bundestag eine kontinuierliche Beobachtung des Breitbandausbaus und der Breitbandnutzung empfohlen werde. Ein Mitglied weist darauf hin, dass Ende 2011 ein neues Telekommunikationsgesetz beschlossen worden sei. Laut diesem seien neue Berichtspflichten vorgeschrieben. Es plädiert dafür, auf deren Umsetzung bzw. Auswirkung zu warten. Ein Mitglied stimmt der vorgeschlagenen Handlungsempfehlung zu. Auf Anregung eines Mitglieds wird „zu schaffen bzw.“ in Zeile 55 gestrichen, da bereits eine Vielzahl an staatlichen Förderprogrammen existiere.

Ein Mitglied fasst abschließend zusammen, dass das Dokument A von den Fraktionsreferenten noch einmal hinsichtlich der in der Diskussion angesprochenen Punkte überarbeitet werden möge.

Beratung der **Dokumente B und C:**

Die vorliegenden Dokumente B und C enthalten die Handlungsempfehlungen der einzelnen Fraktionen zu den Themen „Breitband“ und „Kritische Infrastrukturen“. Die Handlungsempfehlungen werden nacheinander aufgerufen, um weitere gemeinsame Handlungsempfehlungen zu identifizieren.

Im Folgenden werden nur beschlossene Veränderungen an den Dokumenten aufgeführt.

Handlungsempfehlungen zum Themenfeld Zugang:

Zeile 9 bis 39 werden durch die Ausführungen in **Dokument A** ersetzt.

Zeile 44: Ein Mitglied weist darauf hin, dass die Überschrift erweitert werden müsse. Es sei nicht nur eine investitionsfreundliche, sondern auch wettbewerbsfreundliche Regulierung zu erwähnen, wie dies auch im folgenden Text erfolgt sei.

Zeile 72: Ein Mitglied führt aus, dass der Anschluss des Satzes beginnend mit „Dann“ nicht eindeutig sei. Es schlägt folgende Formulierung vor: „Gelingt hierüber eine wettbewerbliche



Marktöffnung, besteht auch kein weiterer Bedarf mehr für Regulierungseingriffe.“

Zeile 83 bis 93 sind bereits in **Dokument A** enthalten.

Zeile 94 ff.: Die Mitglieder beschließen die Handlungsempfehlung „Sensibilisierung der Endnutzer“ als gemeinsame Empfehlung einzubringen.

Zeile 105 bis 193 werden durch die Ausführungen in **Dokument C** ersetzt.

Zeile 233 bis 280 werden durch die Ausführungen in **Dokument C** ersetzt.

Handlungsempfehlungen zum Themenfeld Kritische Infrastrukturen:

Zeile 288 bis 309: Die Mitglieder diskutieren den Vorschlag eines gemeinsamen Einleitungstextes zu den Handlungsempfehlungen zum Thema „Kritische Infrastrukturen“ der Fraktionsreferenten. Die Referenten werden mit der Überarbeitung des ersten Absatzes beauftragt. Ein Mitglied fasst zusammen, dass die Ausführungen in den Zeilen 289 bis 291 klarer darzustellen seien.

Zeilen 305 bis 309: Ein Mitglied bittet die Fraktionsreferenten um stilistische Überarbeitung der genannten Zeilen.

Zeile 314 bis 339: Ein Mitglied regt an, nicht nur auf die bestehenden Initiativen hinzuweisen, sondern auch deren weiteren Ausbau zu empfehlen (Zeile 321 bis 326). Die Empfehlung „1. Anforderungen an die Gesellschaft“ wird von allen Fraktionen mitgetragen. Lediglich die Zeilen 331 bis 333 werden als Ergänzung von zwei Fraktionen eingebracht.

Zeilen 342 bis 369: Ein Mitglied regt an, in der Überschrift „Anforderungen“ durch „Empfehlungen“ zu ersetzen. Die Empfehlung „2. Empfehlungen an die Wirtschaft“ wird von allen Fraktionen mitgetragen.

Zeile 371 bis 380: Ein Mitglied plädiert für Verschiebung des Teilsatzes (Zeile 379, Bestandsdatenauskünfte) zu den Handlungsempfehlungen zu „Kriminalität im Internet“. Die Empfehlung „aa) Stärkere Mitwirkung von Internet- und TK-Providern“ wird von allen Fraktionen mitgetragen.

Zeile 382 bis 393: Ein Mitglied regt an, die Formulierung „ist“ in Zeile 392 in „sollte“ umzuschreiben. Die Empfehlung „bb) Be-



reitstellung von Information für die Nutzer über bekannte Schadprogramme und Verfügbarkeit von Sicherheitswerkzeugen“ wird von allen Fraktionen mitgetragen.

Zeile 395 bis 401: Ein Mitglied schlägt die Ergänzung „und umgesetzt“ in Zeile 400 vor. Die Empfehlung „3. Anforderungen an den Staat“ wird von allen Fraktionen mitgetragen.

Zeile 403 bis 410: Die Empfehlung „aa) Stärkere Berücksichtigung der Wirtschaft bei der Cybersicherheitsstrategie“ wird von allen Fraktionen mitgetragen.

Zeile 412 bis 446: Die Empfehlung „bb) Verbesserung des Lagebilds zur Cybersicherheit am Standort Deutschland“ wird von einer weiteren Fraktion und einem Mitglied mitgetragen.

TOP 4

Der aktuelle Stand der einzelnen Texte wird wie folgt zusammengefasst:

- **Kriminalität im Internet:**
Die Fraktionsreferenten werden bis zur nächsten Sitzung die Möglichkeit der Erstellung eines gemeinsamen Textes zu den Themen „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ und „Einsatz von Ermittlungs-Software (so genannter „Staatstrojaner“) prüfen. Die Seiten 66 bis 68 werden in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen. In den Gesamttext werden noch kleinere Änderungen aus der Sitzung vom 24. September 2012 eingearbeitet.
- **Sabotage:**
Das Dokument wurde abschließend beraten. Das Sekretariat hat das Dokument sprachlich überarbeitet. Die überarbeitete Fassung geht den Mitgliedern noch zu.
- **Spionage:**
Das Dokument wurde abschließend beraten. Das Sekretariat hat das Dokument sprachlich überarbeitet. Die überarbeitete Fassung geht den Mitgliedern noch zu.
- **Zugang und Struktur:**
Das Dokument wurde abschließend beraten. Der Text zum Thema IPv6 wird in das Gesamtdokument integriert und wie vereinbart überarbeitet. Sprachliche Unstimmigkeiten werden in Absprache zwischen den Autoren und dem Sekretariat behoben.



– **Kritische Infrastrukturen:**

Das Dokument wurde Ende Januar weitestgehend konsensual verabschiedet. Es gibt noch kleinere offene Punkte, die in Absprache zwischen den Autoren und dem Sekretariat bearbeitet werden. Des Weiteren erfolgt eine sprachliche Überarbeitung des Textes bzw. ist teilweise bereits erfolgt. Diese geht den Autoren zur Prüfung zu bzw. liegt den Autoren bereits vor.

Alle Dokumente sind somit weitestgehend abgeschlossen. Ein Mitglied regt an, dass die Dokumente vom Sekretariat fertiggestellt und der Projektgruppe im November zur abschließenden Prüfung per E-Mail zugesandt werden. Die Mitglieder stimmen diesem Vorgehen einstimmig zu.

Sofern es noch weiteren Beratungsbedarf geben sollte, müsse kurzfristig noch ein abschließender Termin im Dezember gefunden werden.

Der nächste Sitzungstermin ist Montag, der 22. Oktober 2012.